



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 29. Januar 2015

Gesch. Nr. 007/14

16.04.23 Gemeindeorganisation; Interpellationen

Interpellation Michael Käppeli, FDP, und Mitunterzeichnende, betreffend Verankerung einer Schuldenbremse in der Gemeindeordnung / Schlussklärung durch den Urheber / Substantielles Protokoll

[....]

4. GESCHÄFT-NR. 007/14

Interpellation Michael Käppeli, FDP, und Mitunterzeichnende

betreffend Verankerung einer Schuldenbremse in der Gemeindeordnung von Illnau-Effretikon

– Beantwortung

Eingang der Interpellation:	26. August 2014
Mündliche Begründung im Rat durch den Interpellanten:	02. Oktober 2014
Antwort des Stadtrates:	20. November 2014

Der Stadtrat übermittelt mit Auszug aus dessen Protokoll vom 20. November 2014 die Antwort auf die vorstehende Interpellation. Die detaillierten Erläuterungen des Stadtrates ergeben sich aus der Interpellationsantwort, wozu auf die separaten Akten verwiesen wird.

Die Ratspräsidentin fragt das Plenum an, ob die Diskussion gewünscht wird, worauf Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, anzeigt, dass offenbar Bedarf zur Debatte besteht.

Laut Art. 77 Abs. 5 GeschO GGR ist hierüber eine Abstimmung durchzuführen. Nach zweimaliger Formulierung der Abstimmungsfrage scheinen sich nur wenige Ratsmitglieder dafür zu motivieren, ihre Hand zum Zeichen des Einverständnisses zu erheben. Nach nochmaliger Rückfrage stellt die Ratspräsidentin fest, dass sich für die Diskussion „allmählich eine Mehrheit ausgesprochen hat“.

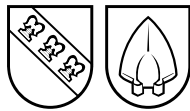
Gelächter im Saal.

Die Ratspräsidentin bittet Gemeinderat Hans Zimmermann, GP, zum Pult, worauf dieser sein persönliches Bedürfnis, sich an der Diskussion zu beteiligen, in Abrede stellt. Er habe lediglich die Hand hoch gehalten, da seine Fraktionskollegen andernfalls ihren Einsatz verpasst hätten.

Erneutes Gelächter im Saal.

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, möchte an dieser Stelle nicht verhehlen, dass er grosse Vorbehalte gegenüber der Verankerung einer Schuldenbremse auf kommunaler Ebene hegt. Gemeinderat Hasler betont explizit, dass sich diese Äusserung lediglich auf die Gemeindestufe bezieht.

Gemeinderat Hasler stellt in den Raum, wonach die Stadt in den vergangenen Jahren sehr viele Schulden aufgetürmt habe und sich dieser Zustand so nicht fortsetzen könne. Weiter möchte Hasler diese Thematik nicht



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 29. Januar 2015

erörtern.

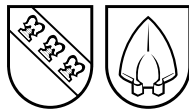
Allerdings möchte Hasler präzisieren, wonach das in der vorstehenden Interpellation geschilderte Modell (doppelter Steuerertrag als Hauptkriterium) nicht eine Schuldenbremse, sondern lediglich einen Schuldenplafonds darstelle. Die heutige Generation baue die Schulden auf (bis Fr. 73 Mio.) und beauftrage somit gleichzeitig die nachfolgenden Garde damit, diesen Berg dann wieder abzubauen – und dies womöglich erst noch mit eingeschränkten demokratischen Verfahrensrechten.

Viel stärker – und auch unabhängig der Thematik der Schuldenbremse – fällt jedoch ins Gewicht, dass auf diesem Weg ein zu tiefst undemokratisches Instrument geschaffen werden soll. Das referenzierte Quorum einer Zweidrittel-Mehrheit kommt einem Demokratieabbau erster Güte gleich. Der Rat könne sich versichern, dass sich Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, stets vehement - ungeachtet des jeweiligen Beratungsgegenstandes - gegen solch tiefgreifende Beschneidungen der demokratischen und politischen Rechte zur Wehr setzen und auch die entsprechenden Mittel ergreifen wird, damit das Volk sich zu solchen Eingriffen äussern und die jeweilige Sachlage begutachten kann. Das Volk könne die Bundesverfassung mit einfachem Mehr ändern; so gehe es erst recht nicht an, dass in einem Gemeindeparlament Beschlüsse mit einer Zweidrittel-Mehrheit gefasst werden sollen, zu einem Thema, dass derart wichtig erscheint.

Gemeinderat Fabian Molina, SP/JUSO, begrüsst es sehr, dass der Stadtrat von der in der Interpellation geschilderten Idee nicht viel hält; es mag nicht vollkommen unüberraschend anmuten, dass die SP/JUSO-Fraktion diese Auffassung teile.

Eine Schuldenbremse will per se einen Automatismus in der Finanzpolitik etablieren, was aus drei Gründen sehr gefährlich erscheint. Erstens aufgrund der aktuell um sich greifenden Frankenkrise: Dem Konsum ist Sorge zu tragen. Kantonen und Gemeinden kommt in einem föderalistisch organisierten Land eine sehr bedeutende Rolle zu; sie leisten einen weitaus grösseren Beitrag zum Funktionieren der Wirtschaftsleistung als dies beispielsweise der Bund tut. Zweitens würden gemeinhin Schulden ökonomisch überschätzt. Das sage nicht nur er als Person des Fabian Molina; auch der Internationale Währungsfonds IWF liesse unlängst in seinen Verlautbarungen durchblicken, wonach Schulden bis zu einem gewissen Mass tolerierbar sind, wenn ein Staat die entsprechenden Zahlungen zur Zinsleistung langfristig aufbringen kann. Staaten wie Deutschland und die Schweiz gelten auch bei einer Verschuldung von über 50 % noch als solvent und würden nach wie vor in den Genuss eines Topratings kommen – die entsprechenden Zahlen beschlagen weitaus andere Dimensionen als der vorliegende Vorstoss hier beschreitet. Was auf staatlicher Ebene gilt, sei auch auf kommunaler Ebene nicht anders.

Zudem pflichtet Fabian Molina, SP/JUSO, insbesondere dem Votum von Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, bei. Eine Schuldenbremse, wie sie allgemein bzw. nicht minder konkret in der zu Grunde liegenden Interpellation vorgeschlagen wird, bedeute den Verlust der Souveränität des Parlamentes, denn dieses bestimme die Finanzpolitik der Stadt. Wenn ein Parlament nicht mehr über Einnahmen und Ausgaben souverän entscheiden darf, nur weil ein rechnerischer bzw. buchhalterischer Wert erreicht worden sei, so beschreite man den Weg der Abkehr des ursprünglichen Prinzips, wonach ein Parlament über den kommunalen Voranschlag befinden darf. Parlamente wurden in der Geschichte eben genau darum geschaffen, um solche Fragen zu diskutieren. Um Mehrheiten für gewisse Interessen und Angelegenheiten zu finden, die durchaus kontrovers diskutiert werden dürfen. Dass dieser Mécano nach wie vor zeitlos, aktuell und nach wie vor funktionstüchtig ist, zeigte beispielsweise die letzte Budgetdebatte.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 29. Januar 2015

Gemeinderat André Büecheler, SVP, präzisiert, wonach vordergründig derzeit keine Franken-, sondern eine Eurokrise die Gemüter beschäftige.

Ob es sich gut mit Schulden leben lässt, dass zeige die momentane Situation in Griechenland.

Zum Vorstoss sei bemerkt, dass komplexe Fragestellungen naturgemäss auch komplizierte Antworten hervorrufen. Die SVP-Fraktion habe die Diskussion zur Schuldenbremse intern noch nicht abgeschlossen. Die Schuldenbremse suggeriert, dass die Schulden gebremst – aber eben doch gemacht werden. Der SVP-Fraktion sei eher daran gelegen, Schulden zu vermeiden, indem sie im Grossen Gemeinderat nur Projekte beraten will, welche die Stadt auch finanzieren kann. Echte Bedürfnisse sind vom Wunschbedarf zu trennen. Das Gemeindehaushaltsgesetz und weitere Instrumente schreiben im Grunde die Regeln vor, inwiefern Schulden angehäuft und Steuerfüsse festgelegt werden dürfen. Die Schuldenplafonierung kann auch im bereits vorhandenen städtischen Aufgaben- und Finanzplan IAFP nachgeführt und aktualisiert werden. Die Sache sei ohnehin einer starken Volatilität unterworfen. Ob eine Schuldenbremse als Papiertiger im Parlament helfe, eine finanzstrategische Ausrichtung der Stadt zu definieren, scheint fraglich.

Das Mitteilungsbedürfnis der Ratsmitglieder scheint sich erschöpft zu haben, sodass *die Ratspräsidentin* dem Urheber des Vorstosses die Möglichkeit zur ihm gemäss Art. 77 Abs. 5 GeschO GGR zustehenden persönlichen Schlussklärung einräumt.

Interpellant Michael Käppeli, FDP, dankt für die angeregte Diskussion und leitet sein Schlussvotum mit einem kleinen Gleichnis ein.

Er bittet, die Zuhörerschaft, sich einen roten Sportwagen vorzustellen. Ferner möge man sich imaginieren, wie der Fahrer mit doppeltem Steuerfuss-Tempo 230 km/h auf die unübersehbare Betonmauer am Chelleracher-Ring zu steuere. Auf dieser Fahrt sage der Fahrer zum Beifahrer, dass er kein ABS-Schulden-Bremssystem wolle. So ein ABS sei zwar eine gute Sache, aber dennoch nicht erwünscht. Falls das Auto mit einem solchen ABS ausgerüstet sei, dann würde man sich beim Lenken nicht mehr frei fühlen. Gerade diese Freiheit sei aber wichtig und am 60-Millionen-Schuldenberg längst in Stein gemeisselt. Zudem: Für den Notfall würde das Auto über eine IAFP-Handbremse verfügen. Dank dieser Handbremse lasse sich das Tempo bis auf 70 % der Maximalgeschwindigkeit drosseln. Man möge sich also nicht in Finanzsorgen üben, beruhige der Beifahrer. Falls das Auto in der nächsten Kurve ins Schleudern geriete, sei der Schaden bestens versichert.

Sollte nämlich die Handbremse versagen, existiert immer noch das Steuer-Fusspedal. Man könne also sorglos auf ein ABS-Bremssystem verzichten und das Versagen der Handbremse in Kauf nehmen.

Gemeinderat Käppeli unterbricht an dieser Stelle die Geschichte, auch wenn diese vielleicht noch nicht zu Ende geschrieben sei.

Zur Antwort des Stadtrates auf die Interpellation äussert sich der Vorstossurheber wie folgt:

Die Antwort des Stadtrates sei nicht überraschend, ausser dass sie selbstredend dafür spreche, wonach eine Schuldenbremse in der Gemeindeordnung zu verankern sei. Der Stadtrat und er seien sich nämlich einig, dass a) die Laufende Rechnung mittelfristig ausgeglichen sein muss und b) die Schulden nicht mehr als das Doppelte des jährlichen Steueraufkommens betragen sollen (das entspräche aktuell rund 75 Millionen). Eine Überschreitung dieser beiden Zielgrössen, so der Stadtrat, sei unbedingt bereits durch die Exekutive zu verhindern. Damit zeigt sich Gemeinderat Käppeli einverstanden.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

Sitzung vom 29. Januar 2015

Nicht einverstanden sei er hingegen mit der Haltung des Stadtrates, wonach dieser sich in seinem finanziellen Handlungsspielraum durch das Parlament nicht einschränken lassen will. Der Stadtrat stelle sich auf den Standpunkt, dass die bereits vorhandenen Kontrollinstrumente, wie etwa der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan, ausreichen würden. So schreibe der Stadtrat im IAFP 2016-2020 im Zusammenhang mit den langfristigen Schulden auf Seiten 7 und Seiten 9 – 13 etwa:

Erstens:

Die Verschuldung, die in den letzten 10 Jahren von 20 auf fast 60 Millionen angewachsen ist, bewegt sich aus Sicht Stadtrat auf einem zu hohen Niveau.

Zweitens:

Ein nachhaltiger Abbau der langfristigen Schulden ist gemäss Stadtrat noch nicht möglich und auch nicht absehbar.

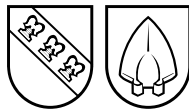
Der Stadtrat kann sich vorstellen, die Schulden in den kommenden Jahren weiter anwachsen zu lassen. Im IAFP halte er fest – Käppeli zitiert den Stadtrat: „Die Verschuldung sollte – bei einem aktuellen Finanzertrag der Stadt von über Fr. 90 Mio. – eine Grenze von maximal Fr. 100 Mio. nicht überschreiten.“

Gerade diese zweite Aussage liesse aufhorchen. Der Stadtrat formuliere weder eine Strategie noch die Absicht, in den nächsten Jahren den Schuldenberg zumindest teilweise wieder abzubauen. Der heutige Stadtrat scheint vielmehr gemäss seinem Finanzplan bereit zu sein, sich noch weiter bis maximal Fr. 100 Millionen zu verschulden.

Gemeinderat Käppeli stellt folgende rhetorische Fragen in den Raum:

- Sei dies eine nachhaltige Finanzpolitik?
- Sei das Parlament bereit, den Schuldenberg in den kommenden Jahren noch weiter anwachsen zu lassen?
- Ist es verantwortbar, den Schuldenberg einfach vor sich her zu schieben und den Abbau zukünftigen Generationen zu überlassen?

Gemeinderat Käppeli meint, man solle sich im Parlament diesen zentralen Fragen weiterhin annehmen. Er werde an der Gesundung der städtischen Finanzsituation mit einer gelassenen Portion Hartnäckigkeit dran bleiben. Käppeli hofft, dass ihm dies die anderen Ratsmitglieder gleich tun.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

Sitzung vom 29. Januar 2015

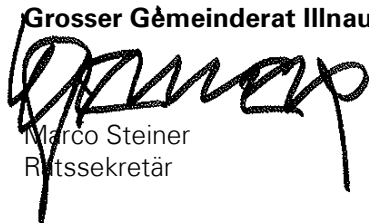
Wie Art. 77 unter Abs. 5 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung vorsieht, ist für Interpellationen jegliche weitere Diskussion oder eine Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Geschäft ist somit erledigt und entfällt demnach der Pendenzenliste.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Finanzen
- Ratssekretariat (Geschäftsakten)

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 30.01.2015

ms